

aktuell



Ratingagenturen

**Unsere Währung
darf nicht in
Geiselhaft geraten**

Liebe Leserin, Lieber Leser

Die Ratingagentur „Standard&Poor's“ hat die gesamte Eurozone mit dem Status „unter Beobachtung“ versehen. Damit drohen auch den Staaten, die wie Österreich und Deutschland vergleichsweise gute Wirtschaftsdaten aufweisen, höhere Zinszahlungen. Seite 4

Der Jugend gehört die Zukunft – gute Ausbildung ist daher ein Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Vielfältige Maßnahmen sorgen dafür, dass 2015 wird kein Jugendlicher ohne Ausbildung sein wird. Seite 6

Ein Hinweis in eigener Sache: „SPÖ Aktuell“ kann schon Donnerstag morgens durchgeblättert werden – auf der Homepage der SPÖ.



Eure Redaktion

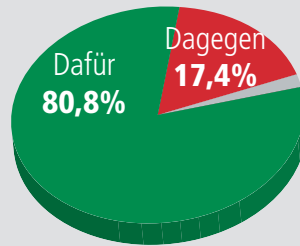
IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteurin: Mag^a Tina Taufß
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner,
Mag. Peter Prantl, Mag^a Sophia Schönecker,
Michael Sifkovits, Mag^a Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg,
Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia
Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags
GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: a-Print, Klagenfurt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

SPLITTER

Zustimmung für ELGA

Elektronischer Zugriff auf Patientendaten



Umfrage November 2011, 1.231 Befragte

Quelle: APA/Oekonost | Grafik: SPÖ

ELGA – heiß ersehnt!

Die Elektronische Gesundheitsakte ELGA erfreut sich höchster Zustimmung. Mehr als 80 Prozent sprechen sich in einer Umfrage dafür aus. Aus gutem Grund: ELGA stellt jedem behandelnden Arzt wichtige Informationen wie Befunde, Medikation und bisherige Behandlungen bereit. Das verbessert die Qualität der Behandlung und macht das Gesundheitssystem effizienter. Zugleich bietet ELGA höchste Datensicherheit. Der Zugriff erfolgt nur mit Erlaubnis des Patienten, der auch nachvollziehen kann, wer zugegriffen hat. ♦



Fotolia

Neueste Zahlen zur Lohnschere sind alarmierend.

Einkommen: Zeit für Gerechtigkeit

Frauen verdienen gerade einmal 60 Prozent von dem, was Männer verdienen. „Die aktuellsten Zahlen der Statistik Austria sind alarmierend“, sagt Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Konkret liegt das Jahreseinkommen 2010 von Frauen bei 18.270 Euro, das von Männern bei 30.316 Euro. Am größten ist die Lohnschere bei ArbeiterInnen, wo Frauen gerade einmal 44 Prozent des Männereinkommens verdienen. Ein Teil der Einkommensunterschiede ist auf die hohe Teilzeitquote bei Frauen zurückzuführen (über 40 Prozent). Bereinigt man die Berechnung um diesen Faktor, steigt das Jahreseinkommen der Frauen auf 81 Prozent desjenigen der Männer. Maßnahmen wie der Online-Gehaltsrechner, die Einkommensberichte für Unternehmen oder die Gehaltsangaben in Stelleninseraten sind wichtige Schritte auf dem Weg zu mehr Lohngerechtigkeit in unserem Land. ♦

WERNER FAYMANN AUF FACEBOOK

Dein direkter Kontakt zum Bundeskanzler!
jetzt vernetzen!

facebook.com/bundeskanzlerfaymann

ÖSTERREICH 2020 NEUE AUFGABEN. NEUE ANTWORTEN. NEUE ALLIANZEN. **SPÖ**

Bildung war in den letzten Wochen im öffentlichen Diskurs und auch bei „Österreich 2020“ ein Hauptthema. Nach dem Initiator des Bildungsvolksbegehrens Hannes Androsch und der Lehrerin und Vorsitzenden der Initiative „BildungGrenzenlos“, Heidi Schrodtr, kommt nun mit der AKS-Bundesvorsitzenden Eleonora Kleibel eine Schülervertreterin zu Wort. Seite 14

AUSTROFASCHISMUS

Dollfuß-Opfer rehabilitiert

Die Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus ist auf Schiene. SPÖ, ÖVP und Grüne haben sich auf einen gemeinsamen Gesetzestext geeinigt.

Das „Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz 2011“ soll im Jänner im Parlament beschlossen werden, sagte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bei der Präsentation des Gesetzesentwurfs. Rehabilitiert werden Opfer des austrofaschistischen Ständestaats unter Engelbert Dollfuß: Dabei handelt es sich um mehrere hundert Personen, darun-

ter Opfer der Stand- und Sondergerichte nach den Februartkämpfen 1934 wie der hingerichtete sozialdemokratische Arbeiterführer Koloman Wallisch oder der danach verurteilte spätere Bundeskanzler Bruno Kreisky. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, die das Vermächtnis der Verteidiger der Demokratie des Februars 1934 aufrecht erhalten, be-



Pertrammer

Durchbruch bei der Rehabilitierung von Opfern des Austrofaschismus: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zeigt sich mit dem Gesetzesentwurf zufrieden.

grüßen die Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus. ♦

WIRTSCHAFT

Entscheidungstage für Europa

Europa kämpft um die Stabilität des Euro und um eine gemeinsame Politik zur Verringerung der Schulden. Mit dem Beschluss der Schuldenbremse ist Österreich hier unter den Vorreitern.



HBF/Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann und seine deutsche Amtskollegin Angela Merkel beraten in Berlin über die Europäische Schuldenkrise.

Die Ankündigung von „Standard&Poor's“ kurz vor dem EU-Gipfel am 8. und 9. Dezember hatte für Aufregung im Euro-Raum gesorgt: Die Rating-Agentur stellte 15 Euro-Staaten, darunter auch „Triple A“-Staaten wie Deutschland und Österreich, unter Beobachtung. Dies bedeutet, dass eine Abstufung der Kreditwürdigkeit möglich ist.

Die österreichische Regierung reagierte darauf prompt: Das Vorgehen von „Standard&Poor's“ (S&P) sei ungerechtfertigt, müsse man aber zur Kenntnis nehmen, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann. „Österreich und die Mitgliedstaaten der Eurozone haben bereits Maßnahmen gesetzt, um die Haushaltsdefizite und Schuldenstände nachhaltig zu senken. Die österreichische Bundesregierung handelt entschlossen und wird sowohl auf europäischer Ebene wie auch in Österreich selbst die entsprechenden Reformen einleiten. Ziel der Bundesregierung ist es, die Staatsschuldenquote konsequent abzubauen“, stellten Bundeskanzler Werner Faymann und sein Vizekanzler Spindelegger in einer gemeinsamen Erklärung fest.

Unabhängiger von Finanzmärkten und Ratings

Kritik am Schritt von S&P kommt auch von Ökonomen: Er sehe es „mit einem kritischen Auge“, dass jetzt auch Länder mit hohem Wachstum und positiver Leistungsbilanz sowie relativ niedriger Verschuldung wie Deutschland und Österreich von S&P gewarnt werden, so WIFO-Chef Karl Aiginger. Das sei „ungerechtfertigt“, wenn gleichzeitig das Scheitern eines Budgetkompromisses in den Vereinigten Staaten und die Unfähigkeit der US-Regierung, ein einziges Gesetz im Parlament durchzubringen, unbeachtet bleiben.

Kein Zufall scheint zu sein, dass die Ankündigung von S&P just wenige Tage vor dem EU-Gipfel kam. Nach Ansicht von OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny hat die S&P-Mitteilung einen politischen Hintergrund: „Dieser Schritt unterstreicht das Problem, dass Ratingagenturen zunehmend eine politische Rolle annehmen.“

Umso wichtiger ist es nun, unabhängiger von Finanzmärkten, Rating-Agenturen und deren oft übertriebenen Bewer-

REAKTIONEN

Exzessive Entscheidung

Nahezu alle Eurostaaten mit einem negativen Ausblick zu versehen, sei eine „unfaire“ und „komplett exzessive“ Entscheidung, sagte der Luxemburgische Regierungschef und Chef der Eurogruppe, **Jean-Claude Juncker**. Er sprach auch von einem „K.o.-Schlag für alle Staaten, die sich bemühen, ihre Haushaltsdefizite zu senken.“

Unseriös

„Das Vorgehen von S&P ist unverantwortlich. Es ist unseriös, wenn die Agentur hergeht und sagt: Wir werten euch ab, aber vielleicht auch nicht. Das wäre, wie wenn ein Schiedsrichter einem Fußballspieler zuruft: Vielleicht bekommst du die rote Karte, vielleicht aber nicht.“

Friedrich Mostböck,
Chefanalyst der Erste Bank

Anmaßend und überzogen

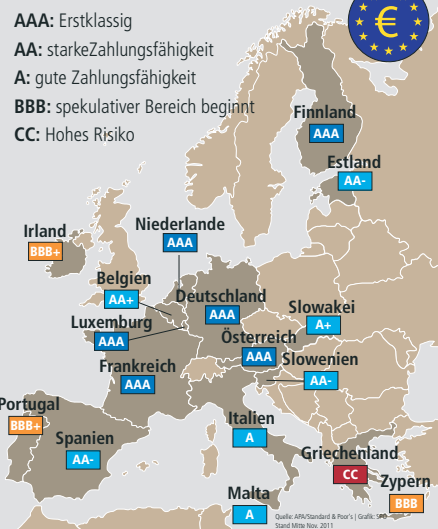
Empört reagierte auch der frühere deutsche Wirtschaftsminister **Bert Rürup**. Die Androhung von S&P sei „anmaßend und überzogen“ und komme einer Einflussnahme auf die EU-Politik gleich.

tungen zu werden, betonte Bundeskanzler Faymann. Dazu braucht es aber konsequenten Schuldenabbau, denn hohe Zinszahlungen schränken den Spielraum des Staates ein und machen abhängig von den oft täglich wechselnden Bewertungen der Finanzmärkte.

EU-Gipfel: Mehr Kontrolle der Budgetdisziplin

Um Schuldenabbau und Defizitregeln für die Euro-Länder ging es auch beim EU-Gipfel am 8. und 9. Dezember, dessen Ergebnisse bei Redaktionsschluss noch nicht feststanden. Die Zielrichtung war aber klar: Es braucht Entscheidungen, die die Stabilität des Euro sichern. Es geht um Schuldenbremsen in allen Euro-Ländern, um schärfere Sanktionen gegen notorische Budgetsünder und um strengere Kontrolle der Haushalte durch die EU-Kommission und wenn nötig auch durch den Europäischen Gerichtshof. Für Bundeskanzler Faymann steht fest: „Beim Schuldenmachen brauchen wir keine nationalen Spielräume, da müssen wir raus aus den Fängen der Finanzmärkte.“ Deshalb soll es stärkere Kontrolle der einzelnen Staatshaushalte geben, etwa durch den Europäischen Gerichtshof. Wie jedes Land die Schuldenregeln einhält, bleibt in nationaler Verantwortung. „Ein EU-Kommissar darf

Rating der Euroländer



Österreich hat als eines der wenigen Länder Europas die hervorragende Triple AAA Bonität. Diese scheint nun gefährdet zu sein.

natürlich nicht entscheiden, wie lange die Leute bei uns arbeiten oder welche Steuern wir einheben“, betonte der Bundeskanzler.

Österreich vorne dabei

Mit dem Beschluss der Schuldenbremse im Parlament am 7. Dezember hat Österreich jedenfalls das Signal gegeben,

dass wir bei den ersten Euro-Staaten dabei sind, die eine solche Verschuldensobergrenze einführen. Damit zeigen wir, dass Österreich den Schuldenabbau ernst nimmt und konsequent verfolgt.

Ab 2017 soll das Defizit nicht mehr als 0,35 Prozent des BIP betragen; Ziel ist, die gesamten Staatsschulden ab 2020 auf unter 60 Prozent des BIP zu senken. Auch mit Ländern und Gemeinden wurde schon im Vorfeld Einigkeit erzielt: Bei ihnen darf die Neuverschuldung nicht mehr als 0,1 Prozent des BIP betragen.

Damit hat Österreich eine Regelung erhalten, die der deutschen Schuldenbremse sehr ähnlich ist. Bereits Anfang Dezember sprachen sich Bundeskanzler Werner Faymann und die deutsche Kanzlerin Merkel gemeinsam für ein stärkeres EU-Regelwerk aus. So will man sicherstellen, dass die Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht mehr möglich ist. „Wenn man ein Haus baut, braucht man ein gutes Fundament. Dieses Fundament ist die Disziplin in der Einhaltung der Regelwerke“, erklärte Faymann in Berlin.

Opposition verkennt den Ernst der Lage

Bis zuletzt hatte die Regierung an die Opposition appelliert, ihre staatspoli-

PRESSESTIMMEN

Berliner Morgenpost

„Ein Unding“

Und man braucht kein Verschwörungstheoretiker zu sein, um zu dem Schluss zu kommen: Da versucht jemand, der eigentlich nur dazu da ist, Politik zu benoten, selbst Politik zu betreiben. Das allein ist schon ein Unding.

Olaf Gersemann am 7. 12. 2011

den Rating-Agenturen mitbefeuert. Die erste Finanzkrise haben sie durch groteske Fehlbewertungen von Ramschanleihen mit ausgelöst. Die Staaten mussten löschen helfen, verschuldeten sich noch weiter und werden dafür nun bestraft.

Matthias Iken am 7. 12. 2011

Frankfurter Allgemeine

„Mit amerikanischer Brille“

Die Agentur kommt jetzt mit ihrer scharfen Kritik, weil sie von dem europäischen Krisengipfel Entscheidungen in ihrem Sinne erzwingen will. Damit hebt sie sich über ihre Rolle als Kreditwürdigkeitsprüfer hinaus und schwingt sich zum Akteur, zum Entscheider auf ... Doch die Agentur trägt keine politische Verantwortung ... Standard & Poor's ist eine Agentur aus den Ver-

einigten Staaten, die mit Blick durch die amerikanische Brille Länder und Unternehmen benotet und hierbei die Interessen der Wall Street vertritt.

Holger Steltzner am 7. 12. 2011

Süddeutsche Zeitung

„Aufklärung zur Unzeit“

Jetzt sind wieder Verschwörungstheorien angesagt. Die EU bereitet sich auf ihren wichtigsten Gipfel seit Jahrzehnten vor, und was macht die amerikanische Ratingagentur Standard & Poor's? Sie funkt mit einer spektakulären Warnung dazwischen ... Könnte da nicht jemand ein Rad gedreht haben, ein Jemand, der möglicherweise an der Wall Street, dem europäischen Projekt böse will?

Nikolaus Piper am 7. 12. 2011

Hamburger Abendblatt

„Angriff auf Europa“

Eigentlich sollen Rating-Agenturen Feuermelder sein, doch längst fungieren sie als Flammenwerfer. Zwar argumentiert Standard & Poor's mit der besorgniserregenden Entwicklung der Schuldenkrise in Europa - doch die wurde von

tische Verantwortung wahrzunehmen, der Schuldenbremse auch zuzustimmen und somit die Verankerung in der Verfassung zu ermöglichen. Offenbar erkennen FPÖ, BZÖ und Grüne aber den Ernst der Lage nicht. SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer dazu: „Die Politik hat seit 1995 bewiesen, dass Konsolidierung auch ohne Schuldenbremse möglich ist. Seitdem wurde die Staatsverschuldung von 70 auf unter 60 Prozent reduziert.“ Nun geht es um gemeinsame Regeln innerhalb der Eurostaaten und das Bekenntnis zu gemeinsamen Spielregeln. „Eigentlich besteht ja Konsens über das Ziel, über die Konjunktur einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Warum kann man diesen Konsens dann nicht mit Zweidrittelmehrheit fixieren?“, wundert sich Krainer über das „Nein“ der Opposition. Diese Haltung wurde auch in den Medien kritisiert. Michael Völker dazu im „Standard“ vom 6. Dezember: „Die Opposition hat sich ihrer Rolle als würdig erwiesen. Sie hat Nein gesagt und sich damit jeglicher Verantwortung entledigt. Besonders destruktiv hat sich die FPÖ verhalten, das war kaum überraschend.“

Im Hohen Haus wurde die Schuldenbremse indes mit einfacher Mehrheit als Gesetz beschlossen. In den nächsten Monaten wird Bundeskanzler Faymann und sein Team aber nicht locker lassen und versuchen, mit der Opposition weitere Gespräche zu führen, um das Gesetz zur Schuldenbremse doch noch in den Verfassungsrang zu heben.

Reichensteuer: Bröckelt ÖVP-Front?

Indes setzt sich auch bei unserem Koalitionspartner ÖVP die Einsicht durch, dass die von Bundeskanzler Faymann angestrebte Budgetkonsolidierung ein Mix aus ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen sein muss.

„Es wäre wahrscheinlich auch gar nicht im Sinn der wirtschaftlichen Entwicklung, nur die Ausgaben zu senken“, sagt ÖVP-Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner am 6. Dezember gegenüber den „Salzburger Nachrichten“.

Für die SPÖ ist klar, dass die Budgetsanierung nicht nur durch Einsparungen erfolgen kann, sondern auch durch einnahmenseitige Maßnahmen. Und da gehören vermögensbezogene Steuern wie etwa eine Millionärssteuer dazu. ◆

INTERVIEW

„Krisenpakete weiterhin möglich“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder erklärt, warum die Länder und Gemeinden bei der Schuldenbremse eine entscheidende Rolle spielen und spricht sich für eine scharfe Regulierung der Ratingagenturen aus.



Zinner

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder: Es ist notwendig, dass Österreich seine Unabhängigkeit von den Finanzmärkten bewahrt.

„SPÖ Aktuell“: Die Schuldenbremse ist mit SPÖ- und ÖVP-Mehrheit beschlossen. Wie wird das jetzt umgesetzt? Drohen uns radikale Sozialkürzungen?

Andreas Schieder: Die Schuldenbremse hätte weder im Verfassungsrang noch als einfaches Gesetz eine radikale Sozialkürzung zur Folge. Was wir benötigen, ist eine Reduzierung des Schuldenstands, und zwar durch Maßnahmen, die sinnvoll sind. Es geht um eine strukturelle Änderung in Österreich. Das Wachstum darf durch die Schuldenbremse nicht gehemmt werden. Das ist der Grund, warum die SPÖ so vehement für vermögensbezogene Steuern eintritt, denn diese haben keine wachstumshemmende Wirkung. Gleichzeitig ist gesichert, dass in Krisenzeiten gegengesteuert werden kann. Die erfolgreichen Krisenpakete sind also mit einer Schuldenbremse weiterhin möglich.

Was bedeutet die Schuldenbremse für Länder und Gemeinden? Sind diese mit im Boot, auch wenn die Schuldenbremse kein Verfassungsgesetz ist?

Schieder: Den Weg, der nun eingeschlagen wurde, gilt es weiter zu ver-

folgen, ob mit einer Schuldenbremse im Verfassungsrang oder nicht ist dabei nicht das wichtigste. Länder und Gemeinden spielen dabei eine entscheidende Rolle. Es ist notwendig, dass sich alle Gebietskörperschaften am Konsolidierungskurs beteiligen.

Ist die Schuldenbremse eine Reaktion auf eine drohende Herabstufung durch „Standard&Poor’s“?

Schieder: Die Gespräche zur Schuldenbremse haben bereits vor den nun bekannt gegebenen Einschätzung der Ratingagentur begonnen. Weil es notwendig ist, dass Österreich seine Unabhängigkeit von den Finanzmärkten bewahrt, hat sich die Regierung zu diesem Schritt entschlossen. Die bekannt gegebene Einschätzung von „Standard&Poor’s“ ist auch weniger auf die spezifische Situation in Österreich, als auf die europäische Situation gemünzt. Hier gilt es anzusetzen, um mehr Stabilität zu erlangen. „Dringend nötig ist eine scharfe Regulierung der Ratingagenturen, inklusive einer deutlich verstärkten Transparenz und Haftungen im Falle fehlerhafter Ratings oder fahrlässigen Handelns.“ ◆

ARBEITSMARKT/JUGEND

Alle Chancen statt wenig Perspektive

2015 – das ist das Jahr, in dem es in Österreich nach den Plänen von Sozialminister Rudolf Hundstorfer keinen Jugendlichen mehr geben soll, der nur über einen Pflichtschulabschluss verfügt.



Wie geht's weiter nach dem Ende der Schulpflicht? Das Projekt „Jugendcoaching“ von Sozialminister Rudolf Hundstorfer und dem Bildungsministerium unterstützt Jugendliche bei ihrer weiteren Ausbildung.

Zahlreiche Statistiken zeigen: Menschen, die lediglich die Pflichtschule als höchste abgeschlossene Ausbildung vorweisen können, sind besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie verlieren ihren Arbeitsplatz nicht

nur schneller als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit besserer Qualifikation, sondern finden auch deutlich schwerer zurück ins Erwerbsleben. Das Ziel ist daher für Sozialminister Rudolf Hundstorfer: „Es soll im Jahr 2015 keinen Jugendlichen

Ranz mehr geben, der nach Beendigung der Schulpflicht keine weiterführende Ausbildung macht.“

Mit Coaching zum Lehrabschluss

Damit die Jugendlichen nicht nach Beendigung ihrer Pflichtschule einfach aus dem Bildungssystem „fallen“ und auf ein Leben zusteuern, in dem sich Hilfsarbeiter-Jobs und Arbeitslosigkeit abwechseln, ist es wichtig, diese jungen Menschen rechtzeitig zu erreichen und sie – im Bedarfsfall – zu unterstützen. „Es ist unserer Aufgabe, die Gruppe der 15-, 16-, 17-Jährigen zu erreichen und ihnen eine Antwort darauf zu geben, was sie nach Ende ihrer Schulpflicht machen sollen“, betont Hundstorfer. Daher wird ab Jänner in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium in Wien und der Steiermark das Pilot-Projekt „Jugendcoaching“ gestartet. Im Rahmen des Coachings werden die Jugendlichen beraten, unterstützt und auf ihrem Weg zu einem Lehrabschluss begleitet. ♦

INTERVIEW

„Ende der Schulpflicht darf nicht Ende der Ausbildung sein“

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits spricht im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die Maßnahmen für Jugendbeschäftigung und wie wichtig es ist, den Jugendlichen die Notwendigkeit einer abgeschlossenen Ausbildung zu vermitteln.

„SPÖ Aktuell“: Die Arbeitsmarktdaten für den Monat November zeigen, dass fast die Hälfte der aktuell arbeitslosen Jugendlichen in Österreich maximal die Pflichtschule als höchste abgeschlossene Ausbildung hat. Was kann man hier tun?

Renate Csörgits: Es muss unser Ziel sein, jedem Jugendlichen zu vermitteln, dass das Ende der Schulpflicht nicht gleichzeitig das Ende der Ausbildung bedeuten darf. Mit dem Projekt „Jugendcoaching“ werden Jugendliche bei Bedarf in ihrem letzten Schuljahr von Experten begleitet und „jobfit“ gemacht. Auch die Zahl der Lehrabbrecher soll reduziert werden. Künftig können sich Lehrlinge, Betriebe, aber auch Eltern und Berufsschulen an Beratungs- und Betreuungs-

einrichtungen wenden, wenn Probleme während der Lehrzeit auftauchen. Auch das neue Programm „JUST neu“ setzt hier an – es ermöglicht niedrigqualifizierten jungen Arbeitslosen das Nachholen von Bildungsabschlüssen. Davon profitiert auch die Wirtschaft, denn diese braucht gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter.

Werden auch die bereits, etablierten Maßnahmen weitergeführt?

Csörgits: Ja, die erfolgreichen Projekte „Ausbildungsgarantie“ und „Aktion Zukunft Jugend“ werden natürlich beibehalten. Aktuell werden 10.500 Jugendliche in überbetrieblichen Lehrwerkstätten ausgebildet. Und mit der „Aktion Zukunft

Jugend“ ist es gelungen allein in diesem Jahr bis Ende Oktober fast 118.000 junge Erwachsene in Beschäftigung zu bringen.



Spiola

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits sieht in der Förderung von Lehrabschlüssen eine „Win-Win-Situation“ für Jugendliche und Wirtschaft.

EUROPA

Strengere Sitten

Geschenke oder Reiseeinladungen von Lobbyisten oder Nebentätigkeiten, die im Widerspruch zum Abstimmungsverhalten stehen, gehören im EU-Parlament der Vergangenheit an.



len alle Nebeneinkünfte von Abgeordneten angegeben werden. Die S&D-Fraktion ist hier bereits mit „leuchtendem Beispiel vorangegangen“ sagt die SPÖ-Europa-abgeordnete Evelyn Regner.

„Es ist nicht prinzipiell problematisch, dass EU-Abgeordnete dazuverdienen. Der private Beruf darf jedoch nicht in Widerspruch mit dem Abstimmungsverhalten oder der Berichterstattung stehen“, sagt SPÖ-EU-Abgeordnete Evelyn Regner.

Offenzulegen sind alle beruflichen Tätigkeiten neben ihrem EU-Mandat, unabhängig davon, ob daraus ein Einkommen bezogen

wird oder nicht – das wurde bisher nicht gründlich genug erfasst. In Zukunft soll dies von einem eigens eingerichteten Ausschuss kontrolliert werden. Im Falle einer Unvereinbarkeit könnte man beispielsweise von der Funktion des Berichterstatters abberufen zu

werden. Aber auch finanzielle Sanktionen sind möglich.

Bei Geschenkkannahme sollen 150 Euro nicht überschritten werden. Die Abgeordneten der SPÖ-EU-Delegation waren von solchen Werten in den vergangenen Jahren weit entfernt. Karin Kadenbach etwa hält sich „an die drei K – Kuli, Kalender und Krempel“. Gelegentliche Tätigkeiten wie z.B. für das Verfassen eines Beitrags für ein Buch, die 500 Euro pro Monat oder 5.000 Euro pro Jahr übersteigen, müssen ebenfalls angegeben werden.

Auch Reiseeinladungen müssen gemeldet und veröffentlicht werden. Gerade diese könnten einen Versuch darstellen, sich Abgeordnete gewogen zu machen und Einfluss auf ihr Stimmverhalten zu nehmen. Auch für die Lobbytätigkeit von Abgeordneten gibt es schärfere Regeln. Während ihrer Amtszeit ist es Abgeordneten verboten, einer bezahlten Lobbytätigkeit nachzugehen. Der Verhaltenskodex tritt mit 1. Jänner 2012 in Kraft. ♦

SPÖ-EU-Abgeordnete Evelyn Regner denkt, „dass der Verhaltenskodex dabei hilft, ein Bewusstsein auf nationaler und europäischer Ebene zu schaffen“.

Nicht zuletzt als Reaktion auf die Vorfälle rund um den ehemaligen ÖVP-Delegationsleiter Strasser haben sich die EU-Abgeordneten einen strengeren Verhaltenskodex verpasst, der Interessenskonflikte in Zukunft verhindern helfen soll. Kernstück ist ein Transparenzgebot: So soll

ARZNEIMITTELEINFUHR

„Aktion scharf“ wirkt

Die seit dem Vorjahr strengere gesetzliche Regelung der Arzneiwareneinfuhr zeigt Wirkung: Die Anzahl der Aufgriffe ist gegenüber 2010 stark angestiegen.

Ein Viertel aller Aufgriffe gefälschter Arzneimittel in der EU erfolgt in Österreich“, erklärt Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Ein Grund dafür ist die verbesserte rechtliche Lage seit dem verschärften Arzneiwareneinfuhrgesetz, das im August 2010 in Kraft getreten ist (AWEG 2010). Der Fernabsatz – also Kauf über das Internet oder Teleshopping – wurde, auch innerhalb der EU, mit wenigen Ausnahmen verboten, die Kontrollmöglichkeiten ausgebaut und Bestellungen werden mit Verwaltungsstrafen geahndet. Im Jahr 2011 wurden allein in den ersten

drei Quartalen 25.027 Produkte, vor allem „Lifestyle“-Produkte wie Potenz- oder Diätmittel, beschlagnahmt. Das ist bereits mehr als im ganzen Jahr 2010. „Verstärkte Kontrollmöglichkeiten sind ein wesentlicher Beitrag zum Schutz der Menschen“, sagt Gesundheitsminister Alois Stöger.

Sichere Arzneien in Österreich

Stöger weist auf die ausgezeichnete Versorgung mit Medikamenten in Österreich hin: „Für die Menschen ist es normal, dass sie Medikamente in guter Qualität bekommen. Wir haben eine gute Pharmaindustrie und gesicherte Vertriebswege über die Apotheken. Sie stellen die Qualität sicher. In der legalen Vertriebskette gibt es keine Arzneimittelfälschungen.“ Aus diesem Grund mangelt es auch an der Sensibili-



Bilderbox

Der Vertrieb gefälschter Arzneimittel hat sich zu einem lukrativen Geschäft entwickelt. Der europäischen Wirtschaft entsteht ein Schaden in Milliardenhöhe.

sierung für das Problem der gefälschten Arzneien. Welche Wirkstoffe in gefälschten Arzneien enthalten sind – oder ob überhaupt welche enthalten sind – ist ungewiss. „Die Einnahme gefälschter Arzneimittel ist gefährlich und kann auch zum Tod führen“, warnt der Gesundheitsminister, der die Bevölkerung aufgeklärt wissen will. ♦

WEBTIPP

Mehr Informationen zum Thema gibt es unter www.auf-der-sicheren-seite.at

FINANZEN

Neue Widmungsabgabe! Und zwar rasch!

Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter steht fest: Die Gemeinden brauchen unbedingt zusätzliche finanzielle Einnahmen. Daher muss eine neue Widmungsabgabe so schnell wie möglich umgesetzt werden.



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter begrüßt, dass die ÖVP bereits ihre Zustimmung zu einer Widmungsabgabe signalisiert hat.

Zur finanziellen Lage der Gebietskörperschaften stellt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fest, dass den Gemeinden unbedingt zusätzliche finanzielle Einnahmen zukom-

men müssen: „Eine Widmungsabgabe von 25 Prozent für Widmungsgewinne bei Grundstücken, die durch ihre Aufwertung in Bauland den Wert exorbitant steigern, muss raschest umgesetzt werden. Mittlerweile gibt es auch innerhalb der ÖVP einen breiten Konsens für diese einnahmenseitige steuerliche Maßnahme.“ Darüber hinaus haben für die SPÖ ausgabenseitige Vorschläge des Rechnungshofes, die eine radikale Strukturreform bei Doppel- und Mehrfachförderungen zum Ziel haben, höchste Priorität.

FPÖ hat Zeichen der Zeit nicht begriffen

Zu den unqualifizierten Aussagen der FPÖ-Politiker Strache und Vilimsky betref-

fend die finanzielle Stabilität Österreichs betont Kräuter: „Rette sich wer kann vor dem Expertenduo Strache-Vilimsky. Wer meint, das Exportland Österreich könne im nationalistischen Alleingang die Rekordbeschäftigung, eine erfolgreiche Industrie und sozialen Frieden mit einer eigenen Währung sicherstellen, ist mehr als einfältig. Außerdem verzichtet kein vernunftbegabter Politiker grundsätzlich auf die strategische Option von künftig möglichen gemeinsamen Staatsanleihen in Europa, also Eurobonds.“ Als „besonders verantwortungslos“ bezeichnet der SPÖ-Bundesgeschäftsführer die Zerstörungsparenen der FPÖ, etwa was die Bonität Österreichs betrifft, mit denen Strache versucht, „auf billigen Stimmenfang zu gehen“.

NEUE MATURA

Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Ab dem Schuljahr 2013/14 wird die neue Reife- und Diplomprüfung für mehr Vergleichbarkeit und Fairness sorgen. Dieses Großprojekt ist voll auf Kurs: „Der Fahrplan steht, alle Termine halten“, informiert Bildungsministerin Claudia Schmied.

Noch im Dezember wird die Verordnung zur teilstandardisierten Reife- und Diplomprüfung in Begutachtung geschickt. Außerdem wird das bereits bestehende Info-Angebot (z.B. www.bmukk.gv.at und www.bifie.at) laufend ausgebaut. Um alle Schulpartner persönlich über die neue Matura zu informieren, wird die Bildungsministerin eine Dialogreise durch alle Bundesländer unternehmen. Die Vorbereitungen zur neuen Reife- und Diplomprüfungen sind weit gediehen: Bereits seit 2007 gibt es dazu Schulversuche, außerdem liegen bereits Unterrichtsmaterialien, Lehrbücher und Übungsbeispiele vor.

OBERSTUFEN-REFORM

Prädikat „pädagogisch sinnvoll“

Mit der Reform der Oberstufe hat die Regierung eine „zentrale Maßnahme zur Qualitätssteigerung an den Schulen“ fixiert, betont Bildungsministerin Claudia Schmied.

Ab 2013 wird an allen AHS-Oberstufen und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen ein Modulsystem eingeführt. Die Fächer werden semesterweise in so genannte Kompetenzmodule unterteilt. Das sorgt für kontinuierliche Leistungserbringung. Um zur Matura antreten zu können, müssen alle Module positiv abgeschlossen werden. Zweiter Kernpunkt ist ein umfassendes Begleitprogramm: Das beinhaltet Begabungsförderung genauso wie ein Frühwarnsystem mit intensiven Fördermaßnahmen für Kinder mit Lernschwächen (Lern-Coaching, Förderkurse). Ziel der neuen Oberstufe: Bessere Vorbereitung auf die Unis und Halbierung der Klassenwiederholungen.

Bildungsministerin Claudia Schmied: „Die neue Oberstufe ist pädagogisch sinnvoll und ökonomisch wertvoll.“ Mehr Infos unter: bit.ly/neueoberstufe

photos.com



Die neue Reifeprüfung wird bereits in zahlreichen Schulversuchen erprobt. Für unsere Schülerinnen und Schüler gibt es künftig noch mehr Qualität und faire Bildungschancen. Infos unter: bit.ly/neuematura

Lehmann



Roman

Sommerhaus mit Swimmingpool

Nach dem Erfolgsroman „Angerichtet“ legt der Autor Herman Koch nun einen neuen Bestseller vor. Ein ebenso spannendes wie meisterlich konstruiertes Familiendrama rund um einen Hausarzt.

Marc Schlosser ist Hausarzt in Amsterdam. Als einer seiner Patienten, der bekannte Schauspieler Ralph Meier, stirbt, muss er sich wegen eines möglichen Kunstfehlers vor der Ärztekammer verantworten. Bleibt die entscheidende Frage: War es tatsächlich ein Kunstfehler oder hat alles vielleicht mit den Ereignissen im Ferienhaus zu tun, in dem beide Familien den letzten Sommer verbracht haben? Erst nach dem Tod des Patienten Ralph Meier, der die Familie seines

Arztes zu sich ins Sommerhaus eingeladen hatte, kommen die Verwerfungen zwischen den beiden Familien ans Licht. „Sommerhaus mit Swimmingpool“ ist ein hoch spannendes Buch, in dem Vaterinstinkte, sexuelle Macht und Heuchelei eine große Rolle spielen. Mit scharfem Witz und viel Beobachtungsgabe legt Koch gesellschaftliche und familiäre Risse bloß und erschafft mit Marc Schlosser den wohl abgründigsten Hausarzt der jüngeren Literatur. ♦

Sachbuch

Wie Italien unter die Räuber fiel

Der Publizist Gerhard Feldbauer weist nach, wie die Schwäche der italienischen Linken seit Ende der 1970er Jahre entscheidend dazu beitrug, dass das Land jahrelang unter die Räuber fallen konnte.

Quellenreich belegt Feldbauer, wie faule Kompromisse und politischer Opportunismus der italienischen Linken, insbesondere der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP), mithalfen, die reaktionäre Wende überhaupt erst zu ermöglichen, in deren Verlauf der „Mediendiktator“ Berlusconi an die Regierung kam, um dann im Bündnis mit Rassisten und Postfaschisten einen scharfen Demokratie- und Sozialabbau in Gang zu

setzen. Diesen Weg wieder umzukehren, ist schwer und erfordert von der Linken große Anstrengungen und eine konsequente Politik, so Feldbauer. Der langjährige Pressekorrespondent und Historiker, der u.a. in Italien und Vietnam gearbeitet hat, hat zuletzt im PapyRossa-Verlag „Der Heilige Vater. Benedikt XVI. – ein Papst und seine Tradition“ und „Geschichte Italiens – Vom Risorgimento bis heute“ veröffentlicht. ♦

Geschichte

Kapital, Reichswehr und NSDAP

Der Historiker Kurt Gossweiler liefert ein enormes Quellenmaterial zum sozialen Ursprung und Charakter des deutschen Faschismus und zur Frühgeschichte der NSDAP sowie zu ihren Verbindungen zu Wirtschaft, Militär und Politik.

Der Autor untersucht die Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen von Faschismus allgemein und im Besonderen von dessen deutscher Variante und zeigt, aus welchen politischen und ideologischen Wurzeln sie hervorging. Ausführlich setzt sich Gossweiler mit diversen Spielarten der Hitlerlegende auseinander. Er zeichnet ein realistisches Bild der Person Hitler, ihrer politischen Funktion und Wirkung. Damit hilft er, die Frage

zu beantworten, wie es der Nazi-Bewegung und ihrem Führer wenige Jahre später gelingen konnte, zur Macht zu gelangen, danach Schritt für Schritt die Deutschen nahezu vollzählig hinter sich zu bringen und sie schließlich fast widerstandslos ins Verderben zu führen. Kurt Gossweiler erhielt 1988 von der Humboldt-Universität Berlin die Ehrendoktorwürde für seine Verdienste als Faschismusforscher. ♦



..... Stk.



Herman Koch:
Sommerhaus mit Swimmingpool.
Kiepenheuer & Witsch,
Köln 2011; 346 S., 20,60 Euro



..... Stk.



Gerhard Feldbauer:
Wie Italien unter die Räuber fiel.
PapyRossa Verlag, Köln 2012;
218 S., 15,40 Euro



..... Stk.



Kurt Gossweiler:
Kapital, Reichswehr, NSDAP.
PapyRossa Verlag, Köln 2012;
471 S., 23,10 Euro

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@sloe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

POLIZEISKANDAL

Kärnten is lei anders

Ewiggestrig motiviert mutet ein Polizeieinsatz und die nachfolgende Gegendarstellung der Kärntner Exekutive an. SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim verurteilt diese Entgleisung scharf.



APA diese Entgleisung aufs Schärfste. „Ich kann es einfach nicht glauben, dass nach all den völlig unakzeptablen Entgleisungen von Scheuch ein Demonstrant gegen dessen Umtriebe überhaupt ‚beamtshandelt‘ wird. Dass aber in diesem Zusammenhang mit der Geltendmachung grundrechtlicher Ansprüche gegen die Behörde von dieser eine Argumentation gebraucht wird, welche nicht nur inhaltlich unakzeptabel ist sondern auch noch eine Wortwahl beinhaltet, welche an braune Zeiten in Österreichs Geschichte erinnert, ist unfassbar und nicht hinzunehmen“, betont Jarolim.

„Entartete Meinungsäußerung“?: SPÖ fordert Aufklärung von der Innenministerin.

Wolfgang Schneider protestierte mit einem T-Shirt mit dem Aufdruck „Uwe geh in Häfn“ gegen die Machenschaften Uwe Scheuchs. Er wurde dafür nicht nur verhaftet, sondern in einer Gegendarstellung der Polizei auch noch als „entartet“

bezeichnet: „Auch bei Ausübung dieses verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechts sind die Schranken zu beachten, die der Sicherheit der öffentlichen Ordnung vor entarteter Meinungsäußerung dienen“, so die Kärntner Polizei. SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim verurteilt

Aufklärung gefordert

Nun ist die Innenministerin am Zug. Es bedarf Aufklärung, ob es sich bei den Entgleisungen um eine Minderheit in der Kärntner Beamtenschaft handelt, oder ob eine breitere „Gesinnungsgemeinschaft“ am Werk ist, so Jarolim. ♦

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Solidarität kennt keine Grenzen

80 Prozent der Menschen mit Behinderung leben in Armutsgebieten. Das soll in der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) mehr berücksichtigt werden.



Auf einer Veranstaltung von „Licht für die Welt“ schilderte Musikari Kombo die dramatische Lage von Menschen mit Behinderung in Entwicklungsländern. Ulrike Königsberger-Ludwig kritisierte deren fehlende Berücksichtigung in der EZA.

In Österreich wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Verbesserungen für Menschen mit Behinderung erreicht, beispielsweise die Unfallversicherung für Menschen in Beschäfti-

gungstherapien. „Ziel der österreichischen Bundesregierung ist die Inklusion für alle Lebensbereiche. Das wird nicht von heute auf morgen passieren, wir sind aber auf einem guten Weg“, sagte Ulrike Königsberger-Ludwig, SPÖ-Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung, anlässlich des Welttags der Menschen mit Behinderung. Richtet man den Blick allerdings in die ärmsten Gebiete dieser Erde, so bietet sich dort ein gänzlich anderes Bild.

Mehr als eine Milliarde Menschen betroffen

Aus einem Bericht von Weltbank und Weltgesundheitsorganisation geht hervor, dass weltweit mehr als eine Milliarde Menschen mit Behinderung leben, 80 Prozent davon

in Entwicklungsländern. „Die Betroffenen sind oft mit Diskriminierung und Stigmatisierung konfrontiert“, betonte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bei einer Veranstaltung der Organisation „Licht für die Welt“. Ulrike Königsberger-Ludwig erklärte, dass Menschen mit Behinderung aus den bisherigen Entwicklungsmaßnahmen „keinen angemessenen Nutzen“ gezogen haben. Die Veranstaltung war international besetzt. Der kenianische Abgeordnete Musikari Kombo berichtete beispielsweise darüber, dass Eltern in Kenia ein Kind mit Behinderung als „Fluch oder Bestrafung“ sehen und im Haus verstecken. Alle Teilnehmer der Veranstaltung waren sich einig, dass sich unmenschliche Lebensbedingungen wie diese dringend ändern müssen. ♦



SCHULDENBREMSE

SPÖ-Klub bekennt sich zu ausgewogenem Schuldenabbau

Die Abgeordneten des SPÖ-Klubs haben eine Erklärung beschlossen, in der sie sich für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben beim Budget aussprechen. Die Schuldenbremse soll ein wichtiges Signal an die Bevölkerung und an die Finanzmärkte sein – ohne das soziale Gesicht zu verlieren.

Bei der Umsetzung der Schuldenbremse muss auch künftig Spielraum für Gegensteuerungsmaßnahmen vorhanden sein, etwa wenn Konjunkturerinbrüche prognostiziert werden. Auch dürfen Konsolidierungsmaßnahmen nicht so ausfallen, dass sie negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung haben. Wirtschaftliche Stagnation durch überzogene Sparprogramme ist kontraproduktiv und würde die Falschen treffen. Die Staatsverschuldung ist eine unmittelbare Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die notwendigen Konjunktur- und Bankenpakete und die ausbleibenden Staatseinnahmen haben die Schulden erhöht. Österreich steckt nicht wegen ausgeweiteter Sozialausgaben in der Krise, oder weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihre Verhältnisse gelebt

hätten, sondern weil die Finanzkrise viel Geld gekostet hat.

Leitlinien für die Schuldenbremse

Daher müssen bei der Umsetzung der Schuldenbremse klare Richtlinien verfolgt werden. Wachstum und Beschäftigung dürfen nicht gefährdet werden, konjunkturelles Gegensteuern muss weiter möglich sein, der Abbau des Defizits darf nicht nur durch Ausgabenkürzungen erfolgen, sondern muss wesentlich auch einnahmenseitig erfolgen. (Finanztransaktionssteuer, vermögensbezogenen Steuern etc.) Schließlich darf nicht auf Offensivmaßnahmen wie Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung,

Ranz



Der SPÖ-Klub zeigt Verantwortung für Österreich und tritt für kluges Sparen ein.

Infrastruktur und Verbesserungen des Sozialstaats verzichtet werden. Soziale Grundrechte sollen verfassungsrechtlich stärker verankert werden. ♦

KONSUMENTENSCHUTZ

Pestizide im Traubensaft

2010 wurden keine behördlichen Pestizidkontrollen bei Traubensaft und Traubenmost durchgeführt. Die AK hat bei Tests Belastungen nachgewiesen.

13 Proben bei fünf Supermärkten wurden gezogen; bei einem Großteil wurden Pestizide festgestellt. „Es ist der Arbeiterkammer zu danken, dass Traubensaft und Traubenmost auf Pestizide untersucht wurden“, betont SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier. Die Weingesetznovelle hat diesbezüglich eigentlich eine klare Rechtslage geschaffen. „Es gibt eine klare und ausschließliche Kontrollzuständigkeit von Minister Berlakovich“, so Maier. Dieser Verantwortung wurde 2010 nicht nachgekommen. „Die Konsumentinnen und Konsumenten brauchen Sicherheit, Berlakovich muss seine Pflicht wahrnehmen“, betont Maier. ♦



SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier tritt für strengere Kontrollen beim Traubensaft ein.

CREATIVE INDUSTRIES

Neue Strategien mitentwickeln

Die SPÖ-Parlamentsfraktion erarbeitet derzeit unter der Federführung der zuständigen Bereichssprecherin Elisabeth Hakel eine neue Strategie zum Thema „Creative Industries“.

Seit mehreren Monaten werden in Arbeitsgruppen unter anderem sozialpolitische Aspekte, Finanzierungs- und Förderfragen sowie die möglichen Schnittstellen zur Wirtschaftspolitik diskutiert. Fragen der Kulturpolitik werden beim nächsten



Pertramer

Termin am 18. 1. 2012 bearbeitet, dem Thema „Interessensvertretungen“ widmet sich die Gruppe am 19. 1. 2012. Bei beiden Terminen, wie auch bei der Abschlussdiskussion am 6. 3. 2012, können Interessierte teilnehmen. Demnächst wird außerdem die Homepage www.initiativecreativeaustria.at online gehen. ♦

Wer an den Diskussionsterminen teilnehmen will, kann sich unter elisabeth.hakel@spoe.at anmelden.

BURGENLAND

„90 Jahre Burgenland: Mit der SPÖ zum Aufstieg!“



SPÖ Bgld

Unter der Moderation von Manfred Moser diskutierten Gerald Schlag, Kurt Kuch, Christa Krammer, Hans Niessl und Barbara Prammer.



Anlässlich des 90-jährigen Bestehens der SPÖ Burgenland hat Landeshauptmann Hans Niessl zu einer hochkarätigen Talk-Runde nach Neudorf geladen.

Vor mehr als 300 Interessierten haben die Diskutantinnen und Diskutanten einen Blick auf die Rolle der Sozialdemokratie in 90 Jahren Burgenland geworfen. Thema war aber nicht nur die Rolle der SPÖ beim Aufstieg des Burgenlands,

sondern auch die Zukunft der Sozialdemokratie, wie Landeshauptmann Niessl erklärte: „Ohne eine starke Sozialdemokratie würden Banken und Spekulanten – jene, die uns die Krise eingebracht haben – auch weiterhin die Welt regieren! Unser Auftrag ist mehr soziale Gerechtigkeit, damit nicht der Mittelstand zur Kassa gebeten wird.“

Neben dem Landeshauptmann diskutierten Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundesministerin a.D. Christa Krammer, der burgenländische Autor und Journalist Kurt Kuch und der Historiker Gerald Schlag. Moderiert wurde die Veranstaltung von Landtagspräsident Manfred Moser. Die Besucherinnen und Besucher waren nicht nur von der Diskussionsrunde begeistert, sondern auch vom zuvor gezeigten Film. Eine Video-Collage zeigte dabei Original-Filmdokumente aus 90 Jahren SPÖ im Burgenland. ♦

WIEN

Respekt kommt an



Die „Respekt. Ja, bitte!“-Kampagne der Wiener SPÖ war ein voller Erfolg. Tausende Wienerinnen und Wiener übermittelten ihre Vorschläge für ein gutes Miteinander.

„Alle respektieren, nicht nach Hautfarbe, Herkunft oder Aussehen diskriminieren“, „Nicht den Grant an Unschuldigen auslassen!“ oder „Der Dialog ist wichtig und gut“. Das sind drei von tausenden Statements, die der SPÖ Wien im Rahmen ihrer Kampagne übermittelt wurden. „Das Thema gutes Zusammenleben ist für die Menschen in der Stadt besonders wichtig“, betonte der Wiener SPÖ-LandesparteiSekretär, LAbg. Christian Deutsch. Ziel der Kampagne war es, das Bewusstsein für ein besseres Miteinander zu schärfen. Die große Zahl an Rückmeldungen bestätigt den eingeschlagenen Weg. „Das Thema wird selbstverständlich auch in Zukunft für uns eine zentrale Rolle spielen, so Deutsch.“ ♦



SPÖ Wien

Landespartei-Sekretär Christian Deutsch und sein Stellvertreter Alois Aschauer mit Andrea S., die das im Rahmen der Kampagne verlorene iPad gewann.

ARBEITER-FISCHEREIVERBAND
Grünes Licht für Naturversuch
im Nationalpark Donau-Auen

Nach jahrelangen Diskussionen steht der „Naturversuch Bad Deutsch-Altenburg“ endlich vor der Umsetzung. Davon profitiert neben der Schifffahrt vor allem der Nationalpark Donau-Auen.

Mit diesem Flussbauprojekt der „via donau“ sollen Maßnahmen für den Uferrückbau und gegen die Austrocknung der Auen östlich von Wien getestet und das riesige Schutzgebiet in Niederösterreich vor dem Verlust vieler Tier- und Pflanzenarten bewahrt werden. Der Präsident des Arbeiter-Fischereiverbandes Günther Kräuter und Infrastrukturministerin Doris Bures, ihrerseits ressortverantwortlich für Schifffahrt und Wasserbau, unterstützen das Projekt. „Damit können wir der Au neues Leben einhauchen“, sagt Bures. ♦



HBF

Verkehrsministerin Doris Bures und Carl Manzano, Direktor Naturpark Donau-Auen, bei einem Lokalaugen-schein im Gebiet des Flussbauprojekts.

FREIHEITSKÄMPFER/SJ

Antifaschistischer Protest zeigt Erfolg!



Der Ball des Wiener Korporationsrings (WKR) wird nach 2012 nicht mehr in der Wiener Hofburg stattfinden. Mit dieser Entscheidung reagiert das Veranstaltungszentrum auf langjährige massive Proteste.

„Nazis und Rechtsextreme haben in der Hofburg nichts zu suchen – schon gar nicht am Tag der Befreiung von Auschwitz!“, bekräftigt SJ-Vorsitzender Wolfgang Moitzi. 2012 wird das zum letzten Mal geschehen. Die Wiener Hofburg hat sich entschlossen, nach 43 Jahren dem WKR-Ball „aufgrund der aktuellen politischen und medialen Dimension“ nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Der für 2012 bereits geschlossene Vertrag könne jedoch leider

nicht einseitig aufgekündigt werden, bedauert die Wiener Hofburg.

„Können etwas bewegen!“

Ernst Nedwed, Bundesvorsitzender der Sozialistischen FreiheitskämpferInnen freut sich über diese Entwicklung. „Es ist erfreulich zu sehen, dass antifaschistischer Protest etwas bewegen kann. Das beständige Eintreten zahlreicher Menschen gegen Neonazismus und Rechtsextremismus hat endlich zu einem Umdenken geführt.“ Seit Jahren wurde der WKR-Ball – ein Vernetzungstreffen europäischer Rechter – von Demonstrationen und Protesten zahlreicher Organisationen begleitet. Heuer hatte sich auch ein Gesellschafter der Wiener Hofburg – die Casinos Austria gegen die Veranstaltung ausgesprochen. „Der erfolgreiche Widerstand gegen den WKR-Ball ist ein Erfolg aller Antifaschisten“, betont Nedwed. Die SJ appelliert



Der Protest zahlreicher Organisationen wie zum Beispiel von SJ, VSStÖ oder den Sozialistischen FreiheitskämpferInnen, hat Wirkung gezeigt: Der WKR-Ball wird künftig nicht mehr in der Wiener Hofburg stattfinden.

nun an die Veranstalter, dem Wunsch der Gesellschafter nachzukommen und den WKR-Ball für 2012 abzusagen. ♦

NATURFREUNDE

Natur beeindruckend in Szene gesetzt



Bereits zum 44. Mal veranstalteten die Naturfreunde Kärnten ihre Landesfotomeisterschaften. Insgesamt 20 Fotografinnen und Fotografen stellten sich mit 248 Bildern in fünf Kategorien einer fachkundigen Jury.

Kärntens LH-Stv. Peter Kaiser gratulierte den Gewinnern bei der traditionellen Siegerehrung in der AK Kärnten. Den Gesamtsieg holte sich Evelin Thoner aus St. Veit/Glan, die auch in den Kategorien Schwarzweiß und Arbeitswelt gewann, in der Kategorie Landschaft gewann Jörg Bilban, bei den Farbbildern Gernot Armbruster und Melanie Jöbstl lieferte das beste Foto in der Klasse „Kollektion“. Kaiser bedankte sich bei Landesfotoreferent Norbert Steiner sowie bei den Naturfreunden rund um Gerald Loidl und Klaus Bayer für „ihren wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und vor allem auch im Sinne der Gesundheitsförderung“. ♦



LHStv. Peter Kaiser mit Naturfreunde-LGF Klaus Bayer, Landesmeisterin Evelin Thoner, den Preisträgern Melanie Jöbstl, Jörg Bilban und Naturfreunde-Obmann Gerald Loidl und Fotoreferent Norbert Steiner.

SALZBURG

Starke Frauen gesucht



Bis zum 18. Dezember können sich engagierte Frauen für den neuen Lehrgang der Frauenakademie.Salzburg bewerben – für den richtigen Einstieg und Aufstieg in der Politik.

Im Jänner 2012 ist es wieder soweit. Dann startet der bereits dritte Lehrgang der Frauenakademie.Salzburg mit dem Ziel, engagierte Frauen für die Arbeit in der Gemeinde vor Ort zu motivieren. Zielgruppe sind sowohl bereits aktive Gemeindevertreterinnen als auch interessierte Neueinsteigerinnen bis zu einem Alter von ca. 50 Jahren. Nach der Frauenakademie.Salzburg sollen die Absolventinnen gestärkt und motiviert in der Gemeinde weiterarbeiten beziehungsweise mit der Arbeit vor Ort beginnen.

Interessierte Frauen können sich noch bis 18. Dezember bewerben. Alle Infos zum Lehrgang und zu den Bewerbungsmodalitäten auf www.salzburg.spoe.at. ♦



Seit 2009 absolvierten bereits 25 Frauen die Frauenakademie.Salzburg.



privat

Baustelle Bildung

Bildung war in den letzten Wochen im öffentlichen Diskurs das Hauptthema. Das allein ist schon ein Erfolg des Bildungsvolksbegehrens, denn eine gesamtgesellschaftliche Bildungsdiskussion ist unerlässlich, um wirkliche Veränderungen zu erzielen.

„Wir wollen eine Schule, in der Fähigkeiten, Interessen und Stärken entscheidend sind und nicht die soziale oder auch geografische Herkunft.“

Der Erfolg hängt von den Folgen ab

Jetzt liegt es an den EntscheidungsträgerInnen, wie die vorgebrachten Forderungen weiter behandelt werden. Was jetzt zumindest in den meisten Köpfen Einzug gefunden zu haben scheint ist, dass sich einiges in der Bildungslandschaft ändern muss und vor allem in unseren Schulen. Von einer sozial gerechten, angstfreien und demokratischen Schule sind wir weit entfernt.

Nicht Sitzenbleiben

Mit dem Vorstoß zur „Oberstufe Neu“ und der damit verbundenen Forderung wurde ein wichtiger Schritt in Richtung einer moderneren Schule gewagt.

Auch das Volksbegehren geht in einer der zwölf Forderungen gesondert auf das pädagogisch und auch volkswirtschaftlich fragwürdige Prinzip des „Sitzenbleibens“ ein.

Mit der Einführung eines Modulsystems soll es SchülerInnen ermöglicht werden, sich mit ihren eignen Interessen verstärkt auseinander zu setzen und individuelle Schwerpunkte im Schulalltag zu legen.

Es kann nicht sein, dass sich die SchülerInnen nach der Schule orientieren müssen und wer nicht optimal in das System passt, früher oder später ausgesiebt wird, sondern wir brauchen eine Schule, die sich nach den SchülerInnen richtet und versucht, alle bestmöglich zu fördern. Es bleibt zu hoffen, dass auch diese Erkenntnis ein bleibender Erfolg des Volksbegehrens ist.

Mitbestimmung: Nicht genügend

Wenn es um schulpolitische Fragen geht, kommen PolitikerInnen, Bildungs-ExpertInnen, oft auch Lehrpersonen zu Wort. Viel zu selten werden jedoch wir SchülerInnen in aktuellen Bildungsdiskussionen nach unserer Meinung gefragt.

Gerade der Ausbau von Mitbestimmungsmöglichkeiten direkt in der Schule sowie auf überschulischer Ebene ist dabei ein Anliegen. SchülerInnen müssen die Chance zur Partizipation haben und sich in eigene Angelegenheiten einmischen können. Dafür ist es notwendig, Demokratie nicht nur zu lernen, sondern auch zu leben. Die Schule wäre ein idealer Rahmen dafür.

„Zeig mir deine Eltern und ich sag dir deine Bildung“

Ein wichtiger Aspekt des Volksbegehrens ist auch soziale Gerechtigkeit im Bildungsreich. In Österreich wird Bildung immer noch vererbt. Und durch die Trennung der 9-jährigen Kinder in Gymnasium und Hauptschule wird der weitere Bildungsweg schon viel zu früh und meist unwiderruflich entschieden. Wir wollen eine Schule, in der Fähigkeiten, Interessen und Stärken entscheidend sind und nicht die soziale oder auch geografische Herkunft.

Bildung bedeutet die Möglichkeit, an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben zu können und ist eine Voraussetzung für berufliche Weiterentwicklung. Derzeit reproduziert das österreichische Bildungssystem vor allem die sozialen Unterschiede unserer Gesellschaft. Schule sollte aber allen die gleichen Möglichkeiten auf Bildung geben! ♦

Die 20-jährige **Eleonora Kleibel** ist seit Juni 2011 Bundesvorsitzende der Aktion kritischer Schüler_innen (AKS). Die AKS ist eine Organisation von und für SchülerInnen, die sich für eine sozial gerechte, angstfreie und demokratische Schule und Gesellschaft einsetzt.

Im Kontext des Bildungsvolksbegehrens, das vor kurzem zu Ende gegangen ist, kann man auf www.oe2020.at über die Zukunft des Bildungssystems diskutieren und Vorschläge einbringen.

Diskussionen, persönliche Wünsche und Appelle zu Herausforderungen und

Handlungsaufträgen für die Politik im Bildungsbereich in Österreich und auf europäischer Ebene sind höchst erwünscht.

Begleitend gibt es eine Serie von hochkarätigen Beiträgen im „Quergeschrieben“. Am Beginn standen Texte vom Initiator der

Initiative „Österreich darf nicht sitzenbleiben“, Hannes Androsch und einer von der ehemaligen Direktorin Heidi Schrodtr, aus Sicht der Lehrerinnen und Lehrer. Diese und nächste Woche wird das Spektrum mit Beiträgen aus Sicht der Schülerinnen und Schüler und der Elternvertretung abgerundet.



* laut IWT/Statistik Austria

Ein Gewinn für Österreich!

Casinos Austria setzt auf Partner aus der Region.
Von Spielgeräten über Bauaufträge bis hin zu Speisen und Getränken - Casinos Austria kauft im eigenen Land und sorgt damit für eine jährliche Produktionsleistung von fast 700 Millionen Euro*. Aus Überzeugung und zum Nutzen der heimischen Wirtschaft.

Gut für Österreich.


CASINOS AUSTRIA



Im royalen Großbritannien ...

... wurde Bundespräsident Heinz Fischer mit seiner Gattin Margit im Londoner Buckingham-Palast von der englischen Königin Elizabeth II. empfangen. Der Präsident nutzte die Gelegenheit und lud die britische Königin zu einem Besuch in Österreich ein.

Am belebten Wiener Graben ...

... fand eine Aktion unter dem Motto „Beseitigt die Barrieren für Menschen mit Lernschwierigkeiten“ statt. Die symbolische Mauer im Hintergrund, bestehend aus Kartons, die für Barrieren und Hindernisse im Alltag stehen, wurde von Sozialminister Rudolf Hundstorfer und den Initiatoren und Teilnehmern der Aktion eingerissen.



Aus dem schönen Salzkammergut ...

..., genauer gesagt aus dem steirischen Bad Aussee stammt der diesjährige Weihnachtsbaum für das Parlament. Bürgermeister Otto Marl übergab gemeinsam mit den steirischen Politikerinnen BR Johanna Köberl (2.v.r.) und NR Elisabeth Hakel (1.v.r.) sowie der aktuellen Narzissenprinzessin die sieben Meter hohe Tanne an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Mit dabei: Kinder aus dem SOS-Kinderdorf Pötsching im Burgenland mit ihrer Betreuerin.

Mit dem fernen Kuba ...

... fand ein freundlicher österreich-kubanischer Dialog in der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle statt. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter durfte (v.r.n.l.) den kubanischen Botschafter Juan Carlos Marsán Aguilera, die zweite Botschaftssekretärin Ivet Lopez und den Botschaftssekretär Manuel Villegas in seinem Büro begrüßen.

